**1) Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
vom 21.02.2020 bis 27.03.2020**

Nr.	A Einwender	B Anregungen	C Stellungnahmen	D Behandlung
1.1	27.03.2020	<p>Wir möchten betonen, dass wir als Direktanlieger des Bildungscampus der Überplanung des Geländes und damit der sinnvollen Folgenutzung ausdrücklich zustimmen, auch wenn daraus sicher negative Einflüsse wie beispielsweise vermehrter Lärm und Verkehr resultiert. Insgesamt möchten wir uns zum o.g. Bebauungsplan wie folgt äußern:</p> <p><u>Wohnraumnachverdichtung/Baulinie:</u> Die Baulinie zu den Häusern an der Stadtholzstraße bis zur Hausnummer 31 erlaubt u. E. keine Hinterbebauung. In Ihrer Begründung ist unter Punkt 5.1.1 (Allgemeine Wohngebiete) jedoch von einer Ermöglichung der Nachverdichtung die Rede. Insofern schlagen wir die Verschiebung der Baulinie in nordöstliche Richtung vor.</p> <p><u>Versickerung von Niederschlagwasser:</u> Nach u.a. Pkt. 4.5.2 und 5.1 des Umweltberichtes ist eine Niederschlagswasserversickerung aufgrund der hydrogeologischen Bedingungen zwar schwierig, bei (kleinräumigen) Nachweisen jedoch grundsätzlich möglich. Letzteres halten auch wir aufgrund unserer jahrelangen Erfahrungen für nicht wünschenswert. Denn unsere Gärten stehen bereits nach mittleren Regenereignissen stellenweise unter Wasser. Dieses</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Baugrenzen entlang der Stadtholzstraße werden in Gänze angepasst</p> <p>Unter Pkt. 5.7.2 der Begründung wird beschrieben, dass die Entwässerung des Plangebietes im Trennsystem erfolgt. Das anfallende Schmutzwasser wird in die Schmutzwasserkanäle der umliegenden Straßen (Stadtholzstraße, Liststraße) eingeleitet. Das anfallende Niederschlagswasser der Flächen für den Gemeinbedarf</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>

		<p>ist auch nicht verwunderlich, da der schluffige bindige Boden nur langsam wenig Wasser aufnehmen kann und zudem nach bereits etwa 1 m unter Geländeoberkante der dichte Verwitterungshorizont des Tonsteins ansteht. Und da wir unterstromig des Plangebietes liegen, befürchten wir eine zusätzliche Ver-nässung unserer Grundstücke.</p> <p><u>Verkehrsaufkommen/Zuwegungen:</u> Als Anwohner der (unabhängig von der augenblicklichen Umleitung) immer mehr befahrenen Stadtholzstraße plädieren wir für eine ausgewogene Verkehrsplanung, so dass die umliegenden Zuwegungsverbindungen (Vlothoer-, List-, Stadtholz- und Ulmenstraße) möglichst gleich zusätzlich belastet werden.</p>	<p>sowie des Sonstigen Sondergebietes (SO2) entwässern über den Regenwasserkanal innerhalb des Mary-Somerville-Boulevards in die Liststraße. Das anfallende Niederschlagswasser des Sonstigen Sondergebietes (SO1) entwässert über Stauraumkanäle mit Rückhaltefunktion in der neuen öffentlichen Verkehrsfläche in den Regenwasserkanal der Stadtholzstraße. Das anfallende Niederschlagswasser des östlichen Sonstigen Sondergebietes (SO1) wird über ein offenes Mulden-Rigolen-System innerhalb des öffentlichen Retentionsgrünzuges aufgefangen und gedrosselt an den Regenwasserkanal in der Stadtholzstraße abgegeben. Zudem wird unter Punkt 5.7.1 der Begründung erläutert, dass, sofern eine dezentrale Versickerung in Erwägung gezogen wird, die Versickerungsfähigkeit im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen ist.</p> <p>Die Umwidmung der Vlothoer Straße zur Fahrradstraße befindet sich im Testbetrieb und ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht final beschlossen.</p> <p>Unabhängig davon ermöglichen die festgesetzten Verkehrsflächen eine ausgewogene Erschließung des</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	--	---	---	--

		<p>Dieses ist u.E. kaum möglich, wenn die Vlothoer Straße als Fahrradstraße „heruntergestuft“ wird.</p> <p>Zur Entschärfung dieses Gemengelagekonfliktes auch in Verbindung mit dem KMG, der GS und dem Kindergarten Stiftberg plädieren wir für eine (zeitgemäße!) Zone 30 rund um den Campus (s. o.g. Straßen).</p>	<p>Plangebietes aus verschiedenen Richtungen.</p> <p>Eine verkehrstechnische Regelung bzw. die Darstellung einer Tempo-30-Zone ist nicht Bestandteil der Bauleitplanung, sondern der nachfolgenden Ausführungsplanung.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>
--	--	---	--	---

2) Abwägung der Stellungnahmen der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB aus der Beteiligung vom 12.07.2018 bis 03.08.2018

Interne Ämter:

Nr.	A Einwender	B Anregungen	C Stellungnahmen	D Behandlung
2.1	Beirat für Stadtbildpflege 03.02.2020	<p>Der Beirat für Stadtbildpflege nimmt den Bebauungsplan 12.39, der der städtebaulichen Entwicklung des Geländes der ehemaligen Wentworth Barracks in Herford den notwendigen rechtlichen Rahmen gibt, zur Kenntnis. Dabei wird die städtebauliche Entwicklung des westlichen Teils des Kasernenareals, des sog. Bildungscampus, bereits durch den Bebauungsplan 12.40 festgesetzt.</p> <p>Der Beirat empfiehlt folgende Anregungen im weiteren Verfahren zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der westliche Abschnitt des Mary Somerville-Boulevards (von der Grenze des Geltungsbereichs des Plans bis zur geplanten Kreuzung mit der das Planungsgebiet querenden Erschließungsstraße zwischen Vlothoer und Stadthausstraße) sollte, analog zur Festsetzung des Boulevards im B-Plan 12.40, als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung festgesetzt werden. Außerdem sollte eine mindestens einreihige und so dicht wie möglich zu pflanzende Baumreihe (darunter ggf. Stellplätze) den Charakter des Boulevards als räumliches Rückgrat des ehemaligen Kasernengeländes 	<p>Die Straßenverkehrsfläche des östlichen Mary-Somerville-Boulevard wird in den B-Plan mitaufgenommen und erhält die Zweckbestimmung "Verkehrsberuhigter Bereich"</p> <p>Die Akzentuierung des Boulevards durch Straßenbegleitgrün (Bäume) wird vorgesehen, die Gestaltung der Verkehrsflächen ist jedoch nicht Bestandteil des B-Plan Verfahrens, sondern der Straßenausbauplanung.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>

		<p>unterstreichen. Dafür sollten geeignete zeichnerische und textliche Festsetzungen getroffen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auf den SO-Flächen beiderseits des östlichen Abschnitts des Mary Somerville-Boulevards sollte das Stadtplanungsamt Varianten der möglichen Bebauung untersuchen lassen. Dem Beirat ist es wichtig, dass dort unabhängig von der späteren Nutzung Strukturen entstehen, die den Charakter des westlichen Teils des Mary Somerville-Boulevards modifizieren oder weiterführen. Außerdem regt der Beirat die Erarbeitung eines Gestaltungshandbuchs für die SO-Flächen an, mit dem die Fortführung des Boulevards aus dem Bereich der denkmalgeschützten Kasernengebäude in die SO-Flächen sichergestellt werden kann. • Südlich des historischen Uhrenturms sollte eine Baulinie die nördliche Raumkante des südlich anschließenden Baufensters zwingend festsetzen. • Die zulässigen Gebäudehöhen sollten, unabhängig von Nutzungen und Geschossigkeiten, mindestens die Traufhöhen der denkmalgeschützten Kasernengebäude erreichen und deren Firsthöhen nicht überschreiten. 	<p>Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplanes ist ein Gestaltungshandbuch erarbeitet worden.</p> <p>Die zeichnerische Darstellung der nördlichen Grenze der überbaubaren Grundstücksfläche südlich des Uhrenturms wird von „Baugrenze“ zu „Baulinie“ geändert.</p> <p>Dies bezieht sich überwiegend auf den denkmalgeschützten Bestand. Die Anregung zu den Höhenfestsetzungen werden im B-Plan sowie im Gestaltungshandbuch geregelt.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>
--	--	--	---	---

		<ul style="list-style-type: none"> Bei der Nutzung der Flachdächer für die Solarenergiegewinnung sollte die Fernwirkung im Stadtbild berücksichtigt werden. 	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Abwägung erforderlich
2.2	Deutsche Telekom Technik GmbH 27.02.2020	<p>Im Bereich des markierten Projektgebietes verlaufen keine unserer Richtfunkstrecken. Die benachbarten Richtfunktrassen haben genügend Abstand zum Planungssektor.</p> <p>Daher bestehen von unserer Seite keine Einsprüche gegenüber ihren Planungen.</p> <p>Die Telekom hat auch bei der Fa. Ericsson Services GmbH weitere Verbindungen angemietet. Die Daten dieser Strecken stehen uns leider nicht zur Verfügung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Firma Ericsson Services GmbH wurde bereits im laufenden Verfahren beteiligt.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Die Anregung wurde bereits berücksichtigt.</p>
2.3	Hansestadt Herford Tiefbauabteilung 28.02.2020	<p>Der Bereich Straßen- und Verkehrsplanung der städtischen Tiefbauabteilung war am Planungsverfahren partiell beteiligt, weswegen mögliche Einwände/Bedenken bereits während des laufenden Planungsprozesses behandelt und ausgeräumt werden konnten.</p> <p>Aus Sicht der Straßen- und Verkehrsplanung bestehen bzw. verbleiben keine Einwände oder Bedenken.</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Abwägung erforderlich
2.4	Stadt Herford Dezernat 1 1.3 Abt. Feuerwehr 06.03.2020	<p>Zusätzlich zu der Stellungnahme vom 10.07.2018 werden folgende Anforderungen formuliert:</p> <p>Um bei einer Brandbekämpfung wirksame Löscharbeiten durchzuführen zu können, muss gemäß § 14 BauO</p>	Das Thema Brandschutz und Feuerwehraufstellfläche ist Bestandteil des Baugenehmigungsverfahrens.	Keine Abwägung erforderlich.

	<p><i>Stellungnahme vom 10.07.18</i></p>	<p>NRW 2018 eine geeignete Zufahrt zu den dargestellten Liegenschaften sichergestellt sein. Ggf. sind geeignete Bewegungsflächen/Wendemöglichkeiten (§ 5 BauO NRW 2018) für die Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr herzustellen.</p> <p>Hinweis: Die Feuerwehrezufahrt muss so befestigt werden, dass sie von Feuerwehrfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von 18 t und einer Achslast von 12 t (Tragfähig für insgesamt 180 kN bei einer Achslast von 120 kN) befahren werden kann.</p> <p><i>Um bei einer Brandbekämpfung wirksame Löscharbeiten durchführen zu können, muss gemäß § 17(1) und § 44(3) BauO NRW- eine ausreichende Wassermenge von 48 (800) m³/h (l/min) gemäß DVGW-W 405 als Grundversorgung durch die Stadt Herford zur Verfügung stehen; Der Löschbereich umfasst normalerweise sämtliche Löschwasserentnahmemöglichkeiten in einem Umkreis (Radius) von 300m um das Brandobjekt. Zur Sicherstellung der beschriebenen Löschwasserversorgung muss die vorhandene Löschwasserversorgung in diesem Bereich nachgewiesen werden.</i></p> <p><i>Für die Gebäude mittlerer Höhe sind geeignete Zufahrten und Aufstellflächen darzustellen (§ 5 BauO NRW). Hinweis: Die Feuerwehrezufahrt muss so befestigt werden, dass sie von Feuerwehrfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von 18 t und einer Achslast von</i></p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Befestigung der Feuerwehrezufahrt ist nicht Bestandteil der verbindlichen Bauleitplanung und wird im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren berücksichtigt.</p> <p>Es wird ein Hinweis bzgl. der Löschwasserversorgung in die textlichen Festsetzungen aufgenommen. Aktuell wird die Grundlöschwasserversorgung innerhalb des Geltungsbereichs als ausreichend erachtet. Anzumerken ist jedoch, dass derzeit im gesamten Stadtgebiet eine Überprüfung des Löschwassernetzes erfolgt.</p> <p>Die konkreten Anforderungen an die Gestaltung der Zufahrten und Aufstellflächen werden zur Kenntnis genommen, sind jedoch nicht Regelungsinhalt des Be-</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und in den Entwurf eingearbeitet.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich.</p>
--	--	---	---	---

		<i>12 t (Tragfähigkeit für insgesamt 180 kN bei einer Achslast von 120 kN) befahren werden kann.</i>	bauungsplanes, sondern werden im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren berücksichtigt.	
2.5	Kreis Herford 07.03.2020	<p>Die beabsichtigte Planung wird mit den dargestellten städtebaulichen Gründen mitgetragen. Gegen den Entwurf des Bebauungsplanes bestehen hinsichtlich § 1 Abs. 4 Bau GB (Ziele der Raumordnung) keine Bedenken. Der Planungsbereich ist im Regionalplan als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Aus Sicht der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde werden nach § 5 LPIG keine Bedenken erhoben.</p> <p>Dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB soll im Rahmen eines Änderungsverfahrens des Flächennutzungsplans Rechnung getragen werden.</p> <p>Aus Sicht des Immissionsschutzes werden gegen den B-Plan Nr. 12.39 "Vlothoer Straße-Süd / Wentworth Kaserne" der Stadt Herford keine grundsätzlichen Bedenken erhoben.</p> <p>Gegenstand der beigefügten schalltechnischen Untersuchung des Ingenieurbüro MAK vom 11.01.2020, Auftr. Nr.: 19091 Bebauungsplan Nr. 12.39 ist auch der Bau eines Parkhauses. Dieses wurde als Anlage i. S. des BImSchG nach TA Lärm beurteilt. Alle relevanten Immissionsorte in dem angrenzenden, als MI eingestuftem Bereich wurden betrachtet, auch unbebaute Grundstücke, die noch bebaut werden könnten. Ob die mögliche Nutzungsintensität zur Tag-/Nachtzeit</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein genauer Nachweis über ggf. von einem Parkhaus ausgehende Lärmemissionen soll im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens geprüft werden, sobald ein entsprechender Hochbauentwurf zur Beurteilung vorliegt.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p>

		<p>mit den Anforderungen der Nutzer übereinstimmt, kann von hier nicht beurteilt werden. Hierzu wäre eine weitere Analyse erforderlich.</p> <p>In der Prognose werden Anforderungen an die Ausführung des Parkhauses beschrieben. Soweit planungsrechtlich sinnvoll und erforderlich, sollten diese bereits im B-Plan festgeschrieben werden.</p> <p>Im Übrigen würden die Anforderungen nach TA Lärm im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens von den zuständigen Behörden geprüft.</p> <p>In der Prognose und der Begründung werden für die neuen Kreuzungsbereiche nach der 16. BImSchV (Verkehrslärm) teilweise passive Schallschutzmaßnahmen für die Anwohner gefordert. Dieses sollte im B-Plan abschließend geregelt werden.</p> <p>Weiterhin wird empfohlen, die neuen Wohngebäude in der ehem. Hammersmith Kaserne (Studentenwohnungen) an der nördlichen Ausfahrt aus dem Gebiet in die schalltechnische Untersuchung mit aufzunehmen.</p> <p>Das Lärmgutachten geht beim I1 von einem WA aus. Der aktuelle Bebauungsplanentwurf sieht an dieser Stelle ein MI vor.</p>	<p>Anforderungen an die Ausführung, wie sie in der Prognose beschrieben werden, sind nicht Regelungsbestandteil des Bebauungsplanes, sondern Bestandteil des Baugenehmigungsverfahrens.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In der Begründung des Bebauungsplanes werden die ermittelten Schallemissionen erläutert. Eine dezidierte Festsetzung von Schallschutzmaßnahmen im Bebauungsplan erscheint nicht notwendig.</p> <p>Das Studentenwohnen auf der Hammersmith Kaserne ist im in der Schalltechnischen Untersuchung bereits mitbetrachtet.</p> <p>Im überarbeiteten Entwurf wird im Bereich des Punktes I1 ein WA festgesetzt. Dementsprechend geht das Lärmgutachten für diesen Punkt von der korrekten</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p>
--	--	--	---	--

		<p>Darüber hinaus wird angeregt, folgende Problembe- reiche in die Begründung aufzunehmen: Die 16. BIm- SchV gibt erst einmal Grenzwerte auf, die zu beachten sind. Ist dies nicht möglich, müssen diese Überschrei- tungen durch aktive Schallschutzmaßnahmen vermie- den werden. Soweit im Rahmen einer abwägenden Entscheidung aktive Maßnahmen nicht realisierbar sind, sind dann auch passive Maßnahmen notwendig. Dieser abwägende Prozess sollte in der Begründung (einschließlich des Umweltberichtes) dokumentiert werden.</p> <p>In dem Schallgutachten sind einzelne Immissionsorte untersucht worden. Daraus kann nicht geschlossen werden, dass im weiteren Verfahren (insbesondere bei der Planung der neuen Knotenpunkte) nicht noch weitere Immissionsorte untersucht werden (werden müssen) und hierfür Schallschutzmaßnahmen (ggf. passive Maßnahmen) erforderlich sein werden. Im Umweltbericht ist das Verhältnis der DIN 18005 Beiblatt 1 zur 16. BImSchV missverständlich darge- stellt worden. Ich rege an, die Darstellung (Seite 37) entsprechend zu ändern.</p> <p>Die Frage nach erforderlichen Schallschutzmaßnah- men hängt in einem hohen Maß von der Einstufung des jeweiligen Gebietes ab. Soweit die bestehenden</p>	<p>baulichen Nutzung und den damit ver- bundenen Richtwerten aus.</p> <p>Aussagen zum Schallschutz werden in der Begründung und im Umweltbericht behandelt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genom- men.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genom- men.</p>	<p>Keine Abwägung erfor- derlich.</p> <p>Keine Abwägung erfor- derlich.</p> <p>Keine Abwägung erfor- derlich</p>
--	--	---	---	--

		<p>Wohnnutzungen mindestens einem faktischen WA zugeordnet werden können und nun aus den aufgeführten Gründen als MI festgesetzt werden, sollte die tatsächliche Umsetzungsmöglichkeit der vorgesehenen MI- Nutzungen herausgestellt werden, um dem Vorwurf des „Etikettenschwindels“ begegnen zu können.</p> <p>Aus Sicht der Naturschutzbehörde werden keine Bedenken vorgebracht. Allerdings rege ich an, das ermittelte Kompensationsdefizit nach Art und Umfang (Fläche in qm) im Bebauungsplan festzusetzen, mindestens aber in der Begründung aufzunehmen, wo, in welcher Art und in welchem Umfang der Ausgleich erbracht wird.</p> <p>Aus Sicht der Wasserwirtschaft bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Die entwässerungstechnische Fachplanung wird derzeit erarbeitet und abgestimmt.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Sofern bei einem geplanten MI ein entsprechender der Verdacht besteht, wird die tatsächliche Umsetzungsmöglichkeit von MI-Nutzungen aufgezeigt, um diesen Verdacht zu widerlegen.</p> <p>Der Umweltbericht bilanziert den Eingriff und den Ausgleich zur Ermittlung des daraus resultierenden Kompensationsbedarfs. Die Kompensation erfolgt vollständig auf dem Stadtgebiet Herford. Eine differenzierte Darstellung der Kompensationsmaßnahmen wird im Umweltbericht dargestellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p>
2.6	<p>Landschaftsverband Westfalen-Lippe</p> <p>11.03.2020</p>	<p>Der Geltungsbereich des o.g. Bebauungsplans umfasst das Baudenkmal Kaserne „Wentworth Barracks“ mit den Mannschaftsgebäuden C, D und E dem Wirtschaftsgebäude G und Einfriedung zur Vlothoer Straße. Das Erscheinungsbild in der engeren Umgebung von Baudenkmalern ist nach § 9 Abs. 1 b) DSchG NRW geschützt. Änderungen stehen unter Erlaubnisvorbehalt der Unteren Denkmalbehörde im Beneh-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich.</p>

		men mit dem LWL. Dies betrifft insbesondere die Freiflächen um die denkmalgeschützten Gebäude. Der militärisch-nüchterne Charakter des Kasernengeländes ist Teil der Geschichte der denkmalgeschützten Kasernengebäude und wesentlich für die Erhaltung ihrer Zeugniskraft. Bedenken bestehen hinsichtlich der Anlage von malerischen Gartenräumen mit Baum- und Heckengruppen, welche diesem Charakter zuwiderlaufen. Entwurfskonzepte zur landschaftsplanerischen Integration und gärtnerischer Gestaltung der Freiräume vor und zwischen den Kasernengebäuden sollten aus der Baugeschichte der militärischen Anlage abgeleitet werden und das räumlich-städtebauliche Erscheinungsbild tradieren.		
2.7	Vodafone NRW GmbH 11.03.2020	Im Planbereich liegen Versorgungsanlagen der Vodafone NRW GmbH. Wir sind grundsätzlich daran interessiert, unser glasfaserbasiertes Kabelnetz in Neubaugebieten zu erweitern und damit einen Beitrag zur Sicherung der Breitbandversorgung für Ihre Bürger zu leisten. Ihre Anfrage wurde an die zuständige Fachabteilung weitergeleitet, die sich mit Ihnen zu gegebener Zeit in Verbindung setzen wird. Bis dahin bitten wir Sie, uns am Bebauungsplanverfahren weiter zu beteiligen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Abwägung erforderlich Keine Abwägung erforderlich
2.8	Abt. Bauverwaltung 16.03.2020	<u>Mary-Somerville-Boulevard:</u> Die Verlängerung des Mary-Somerville-Boulevards als innere Erschließung mit Anschluss an die Ulmenstraße und an die Stadtholzstraße sowie die zweite südlich abzweigende Stichstraße verlaufen über das Flurstück	Das Flurstück wurde seitens der Stadt erworben. Der Grundbucheintrag ist zwischenzeitlich erfolgt.	Keine Abwägung erforderlich.

		<p>450. Ich weise darauf hin, dass das Flurstück lt. Liegenschaftskataster noch im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben steht.</p> <p><u>Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung:</u> Die im südlichen Bereich des Plangebietes liegende Wegeverbindung, die von der zweiten Stichstraße des Mary-Somerville-Boulevards abzweigt, ist als Fußwegeverbindung ausgewiesen. Im westlich angrenzenden Bebauungsplan Nr. 12.40 „BildungsCampus West“ ist eine Grünverbindung dargestellt, die als Fuß- und Radwegeverbindung dienen und durch den o.a. Fußweg weitergeführt werden soll. Die besonderen Zweckbestimmungen sollten für beide Wegeverbindungen identisch sein, da diese fortführend verlaufen und die identischen Verkehrsteilnehmer (Fußgänger und Radfahrer) aufnehmen sollten. Da durch die Festsetzung im Bebauungsplan der Widmungsgehalt und der sich anschließende Rahmen der straßenverkehrsbehördlichen Anordnung vorgegeben werden, ist bei einer Festsetzung mit Zweckbestimmung Fußweg auch nur eine Nutzung durch Fußgänger möglich. Anschließend weise ich darauf hin, dass alle im Geltungsbereich des Bebauungsplanes festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen erst nach erfolgter Widmung gemäß § 6 StrWG NRW öffentlichen Rechtscharakter erhalten. Dabei ist eine der Voraussetzungen, dass die Stadt Herford Eigentümerin der zu widmenden Flächen ist.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Zweckbestimmung der südlichen Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung wird als Fußweg festgesetzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p>
--	--	--	--	--

		Für die gesamten im Gebiet vorhandenen und neu entstehenden Verkehrsflächen wäre es für die Widmung wünschenswert, dass die Flächen bei Übergabe an die Hansestadt Herford bereits vermessen und entsprechend parzelliert wären.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die öffentlichen Verkehrsflächen werden vor der Widmung eingemessen.	Keine Abwägung erforderlich
2.9	Westnetz GmbH 17.03.2020	Gegen die Verwirklichung bestehen keine Bedenken. Im Verfahrensgebiet unterhalten wir keine Versorgungseinrichtungen. Diese Stellungnahme erfolgt im Namen der Westnetz GmbH als Eigentümerin der Anlage(n).	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Abwägung erforderlich
2.10	Stadtentwicklungsgesellschaft Hansestadt Herford mbH 18.03.2020	Im vorliegenden Entwurf wurde entlang der Stadtholzstraße eine öffentliche Grünfläche vorgesehen, die im ersten Entwurf noch nicht berücksichtigt wurde. Der ursprüngliche Gestaltungsplan sah für das an die Stadtholzstraße angrenzende Baufeld die Erschließung direkt von der Stadtholzstraße vor. Dies ist unseres Erachtens durch die neue öffentliche Grünfläche nicht mehr möglich und würde damit bedeuten, dass dies nur noch über die neue Nord-Süd- Straße erfolgen könnte. Der Bereich für das Baufeld ist durch den potenziellen Kreisverkehr sehr reduziert und würde eine Erschließung in dem nicht als überbaubare Fläche zwischen den beiden Baufeldern erfordern. Eine Praxis, die im Rahmen	Durch die im Bebauungsplan festgesetzte, in Nord-Süd-Richtung zwischen der Vlothoer Straße und der Stadtholzstraße verlaufende Verkehrsfläche wird eine ausreichende Erschließung des SO sichergestellt. Eine Erschließung des Baufensters (ehem. Sportplatzes) von der Stadtholz Straße aus ist nicht möglich, da die bestehende Bushaltestelle an der Stelle nach aktuellem Stand weitergenutzt werden soll. Ein Kreisverkehr an der Stelle Knotenpunkt Stadtholzstraße wird nicht realisiert! An der Stelle erfolgt die Zufahrt über eine Linksabbiegerspur. Die Erschließung des Baufeldes des SO 1 erfolgt	Keine Abwägung erforderlich. Keine Abwägung erforderlich.

		<p>von Wohnbebauung üblich aber für den vorliegenden Gewerbebereich schwer realisierbar wäre, da derzeit davon ausgegangen werden muss, dass das Baufeld in mind. zwei Grundstücke aufgeteilt werden würde. Können Sie da eine Rückmeldung geben, wie die Erschließung erfolgen soll?</p> <p>In Bezug auf die Einfriedungen der Abfallbehälter stellt sich uns die Frage, ob die durch den Entwurf von Greenbox vorgesehene Einfriedung als einzige Einfriedungsmöglichkeit vorgesehen werden sollte, um eine homogene Gestaltung auf dem BildungsCampus vorzusehen?</p> <p>Die Fassadengestaltung sieht eine Rhythmisierung durch Vorbauten oder Rücksprünge von min. 1,5 (Zäsuren min. 5m breit) o.ä. alle 18 m vor. Dies ist auf den ersten Blick eine ungewöhnliche Gestaltung für die vorgesehenen Bürogebäude. Können Sie uns dazu kurz den Entwurfsansatz erläutern?</p> <p>Unter Punkt 7.2 Fassadengestaltung ist vermerkt, dass die Fassadengestaltung im Zuge des Bauantragsverfahrens mit der Hansestadt Herford abzustimmen ist. Bedeutet dies, dass in diesem Zuge jeweils der Beirat für Stadtbildpflege einzubinden ist oder handelt es sich tatsächlich nur um eine Abstimmung mit der Bauaufsicht/Stadtplanungsamt?</p>	<p>über ein GFL seitens der neuen Planstraße zw. Stadtholzstraße und Mary-Somerville-Boulevard.</p> <p>Aussagen zu Einfriedungen der Abfallbehälter sind den textlichen Festsetzungen sowie dem Gestaltungshandbuch zu entnehmen.</p> <p>Die Rhythmisierung der Fassadengestaltung dient dazu, die räumliche Wirkung langer Baukörper (im SO mit abweichender Bauweise: Baukörper mit Gebäudelängen > 50 m zulässig) durch deutlich erkennbare visuelle Fassadengliederung weniger massiv wirken zu lassen.</p> <p>Der Hinweis und die Frage werden zur Kenntnis genommen. Bauvorhaben werden in erster Linie durch die Stadt beurteilt. Bei prägnante Neubauvorhaben kann der Beirat f. Stadtbildpflege eingebunden werden.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Keine Abwägung erforderlich Keine Abwägung erforderlich.</p>
--	--	--	---	--

		<p>Zudem wird es für sinnvoll halten, Gastronomiebetriebe, Betriebe der Schank- und Speisewirtschaft, Anlagen für kulturelle, soziale und sportliche Zwecke nur ausnahmsweise zuzulassen.</p> <p>Darüber hinaus wird gefragt, auch wenn kein Gewerbegebiet in klassischem Sinne festgelegt wird, ob der Ausschluss von Wettbüros, Wettannahmestellen, Betriebe für sexuelle Dienstleistungen und Darbietungen dennoch sinnvoll wäre.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Festsetzung, Schank- und Speisewirtschaften nur ausnahmsweise zuzulassen, erscheint im Zusammenhang mit den Planungszielen sinnvoll.</p> <p>Der Ausschluss der genannten Nutzungen ist bereits in den textlichen Festsetzungen aufgeführt.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich.</p>
2.11	<p>IHK Ostwestfalen zu Bielefeld</p> <p>23.03.2020</p>	<p>Die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld unterstützt die Planungen der Hansestadt Herford. Das Vorhaben zum Bau eines Bildungscampus ist sinnvoll und hilft, den Wirtschaftsstandort zu stärken. Sollte sich eine Umsetzung als reiner Bildungscampus nicht durchgängig realisieren lassen, regen wir an, zu prüfen, ob Teilbereiche auch als nicht störendes Gewerbe – ohne Einzelhandel – geplant werden können. Hierdurch würde sich eine Verknüpfung von Bildung, Wissenschaft, StartUps und Wirtschaft, je nach konkretem Umsetzungskonzept, noch deutlicher darstellen lassen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Innerhalb des Geltungsbereichs ist, nicht störendes Gewerbe aufgrund der angrenzenden Wohnbebauung nicht vorgesehen.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich</p>
2.12	<p>Stadtwerke Herford GmbH</p> <p>25.03.2020</p> <p><i>Stellungnahme vom 09.07.2018</i></p>	<p>Hinsichtlich des o. g. Bebauungsplanes bestehen von Seiten der Stadtwerke Herford GmbH keinerlei Einwände. Wir beziehen uns hier auf unsere Stellungnahmen vom 09.07.2018 und 23.07.2018.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich.</p>

	<p>Stellungnahme vom 23.07.2018</p>	<p>Gegen das Bauvorhaben bestehen seitens der Stadtwerke Herford GmbH keinerlei Einwände. Eventuell erforderliche Leitungsumlegungen werden zu Lasten des Verursachers ausgeführt</p> <p>Im Vorentwurf und der Begründung ist kein Hinweis auf eine zentrale Wärmeversorgung zu finden. Derzeit wird die ehem. Wentworth Kaserne aus der Heizzentrale Haus A über Wärmeleitungen versorgt. Das Wärmenetz kann erweitert werden. Alternativ besteht auch die Möglichkeit eine neue Heizzentrale mit erneuerbaren Energien auf dem Gelände zu platzieren. Eine Verbindung Wärmeleitungen zur Hammersmith Kaserne und zu den Mehrfamilienhäusern Ulmenstr./Birkenstr. ist ebenfalls möglich. Diese Möglichkeiten sollten im Bebauungsplan mit aufgeführt und berücksichtigt werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme hinsichtlich der verschiedenen Möglichkeiten zur zukünftigen Wärmeversorgung wird zur Kenntnis genommen. Derzeit entsteht auf der Fläche der Hammersmith Kaserne (Block 23) einer neue Energiezentrale für das Quartier. Eine zeichnerische Flächenfestsetzung auf der Wentworth Kaserne wird in Absprache mit den Stadtwerken nicht gesehen.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Keine Abwägung erforderlich.</p>
2.13	<p>Ericsson GmbH</p> <p>26.03.2020</p>	<p>Bei den ausgewiesenen Bedarfsflächen hat die Firma Ericsson bezüglich ihres Richtfunks keine Einwände oder spezielle Planungsvorgaben. Bitte berücksichtigen Sie, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen des Ericsson – Netzes gilt.</p> <p>Bitte beziehen Sie, falls nicht schon geschehen, die Deutsche Telekom, in Ihre Anfrage ein.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Deutsche Telekom wurde bereits im laufenden Verfahren beteiligt.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p>
2.14	<p>Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland</p> <p>27.03.2020</p>	<p>Grünflächen</p> <ul style="list-style-type: none"> Auf die Verkleinerung der Grünfläche gegenüber dem Mathilde-Gymnasium sollte verzichtet werden. 	<p>Die Verkleinerung der Grünfläche gegenüber dem Königin-Mathilde-Gymnasium zugunsten einer Vergrößerung der Ver-</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>

		<ul style="list-style-type: none"> ○ Die Verkleinerung zugunsten einer Vergrößerung der Verkehrsfläche (an der Ecke Stadtholzstraße / Vlothoer Straße) würde zu einem Lebensraum-Verlust führen, der unter anderem mit dem Verlust von ungefähr acht großen Bäumen verbunden wäre. ○ Die Vergrößerung der Verkehrsfläche würde einen Anreiz bieten für noch mehr motorisierten Individualverkehr, unter dem viele Leute schon heute zu leiden haben. • Der Grünstreifen entlang der denkmalgeschützten ehemaligen Kasernenmauer sollte erhalten bleiben. Deshalb wäre es gut, den dort vorgesehenen Fahrrad- / Fußweg etwas nach Süden zu verlegen. • In 4. („Textliche Festsetzungen“) sollten höchstens 25 % (statt 50%) der Vorgartenfläche zur Versiegelung zugelassen werden. 	<p>kehrsfläche ist notwendig, da der Einmündungsbereich Vlothoer Straße/ Stadtholzstraße aufgrund der verkehrlichen Gemengelage im Einmündungsbereich mittelfristig verkehrlich angepasst werden muss. Hierzu gilt es im Zuge des Bebauungsplanverfahrens das nötige Planungsrecht zu schaffen. Die Gestaltung der Verkehrsfläche ist jedoch nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens, sondern der Ausführungsplanung.</p> <p>Der Grünstreifen nördlich der denkmalgeschützten Mauer bleibt erhalten und wird zugunsten des Baumerhalts der Bestandsbäume verbreitert. Der aktuell festgesetzte Fuß-/ Radweg entlang der Vlothoer Straße, berücksichtigt dieses Vorhaben bereits.</p> <p>Eine Versiegelung der Vorgartenfläche durch nicht überdachte Pkw- und Fahrradstellplätze sowie deren Zufahrten und die Hauszuwegung ist lediglich im Sondergebiet und in der Gemeinbedarfsfläche sowie nur in Ausnahmefällen zulässig. Eine Versiegelung von bis zu 50 % erscheint sinnvoll, um in o.g. Ausnahmefällen ausreichend Platz für den zu deckenden Stellplatzbedarf bereitzustellen.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>
--	--	--	--	---

		<p>In 7.2 sollte vorgegeben werden, dass mindestens 10 % der Fassaden von Kletterpflanzen bedeckt werden („Fassadenbegrünung“).</p> <ul style="list-style-type: none"> • In 7.3.2 sollte die Begrünungspflicht von Flachdächern nicht erst ab einer Größe von 15 m² gelten. Bei 8.2 sollte auf 7.3.2 verwiesen werden und umgekehrt. • In 9.1 <ul style="list-style-type: none"> • sollten „Sonstige Einfriedungen“ nicht nur als „transparente Zäune“, sondern auch als Hecken erlaubt sein; • sollte klarer sein, was „Im sonstigen Sondergebiet“ bedeutet • sollte bei „Sträuchern“ geändert werden 	<p>Unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele werden Vorgaben zur Fassadenbegrünung in die textlichen Festsetzungen mit aufgenommen. Im Sondergebiet (SO 2) sind die Längsseiten zu mindestens 20 % mit einer Fassadenbegrünung zu versehen.</p> <p>Für Dachflächen mit einer Größe von weniger als 15 m², bei denen es sich i.d.R. um Dachflächen von untergeordneten Bauteilen oder Nebenanlagen handelt, erscheint eine Begrünungspflicht aufgrund des hierzu zu betreibenden Aufwandes nicht wirtschaftlich.</p> <p>Unter Pkt. 10.1 der textlichen Festsetzungen werden Aussagen zu Einfriedungen innerhalb der Sondergebiete und der Gemeinbedarfsflächen festgesetzt.</p> <p>In den textlichen Festsetzungen wird die Bezeichnung "sonstige Sondergebiete" durch die genauen Bezeichnungen (SO 1, SO 2) ergänzt.</p> <p>Die Änderungen werden nicht übernommen.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>
--	--	---	---	---

		<ul style="list-style-type: none"> • statt des ersten „Crataegus monogyna“ „Crataegus laevigata“ (Zweigriffeliger Weißdorn)) • Pfaffenhütchen (<i>Euonymus europaeus</i>) <ul style="list-style-type: none"> • In 9.2 sollten die Anti-Schottergarten- Vorgabe und das Wort „naturnah“ beibehalten werden! • In 9.4 werden im 1. Und 2. Absatz unterschiedliche Mindeststammumfänge genannt. Das sollte harmonisiert werden. • In c. („Hinweise“) wird ein Regenrückhaltebecken eingeplant (schön !). Bitte versuchen, dass dieses nicht nur dem Hochwasserschutz dient, sondern auch der Grünflächenbereicherung in der ehemaligen Kaserne ! Ich rege deshalb an, das Becken und sein Ufer naturnah zu gestalten und so, dass es nicht eingezäunt zu werden braucht. 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Unter Pkt. 10.4 wird ein Stammumfang von mindestens 12- 14cm festgesetzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Entwässerung des Plangebietes erfolgt über ein offenes Mulden - Rigo- len System in einer öffentlichen Grünfläche sowie Stauraumkanäle in der Straße.</p>	<p>Keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>
2.15	Grünflächenabteilung 02.04.2020	<p>Die Textliche Festsetzung Nr. 8.1 bitte wie nachfolgend beschrieben ändern: In der Legende sind die im B.-Plan dargestellten Bäume lediglich als vorhandene Bäume klassifiziert. Innerhalb der v. g. textlichen Festsetzung werden diese Bäume als festgesetzte Bäume beschrieben. Hier muss aus meiner Sicht eine übereinstimmende Darstellung erfolgen. Eine Festsetzung muss aus meiner Sicht nicht erfolgen, da die meisten dargestellten</p>	<p>Die textliche Festsetzung zum Erhalt der Bäume wird entfernt. Stattdessen wird, wie angeregt, auf die Baumschutzsatzung der Stadt Herford und die daraus resultierenden Maßnahmen verwiesen.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>

		<p>Bäume derzeit aufgrund der Baumarten und Stammumfänge entsprechend der Baumschutzsatzung geschützt sind. Zudem wird im Pkt. 8.1 der textlichen Festsetzung auf die erforderlichen Schutzmaßnahmen und Regularien hingewiesen.</p> <p>Die Textliche Festsetzung Nr. 9.4 bitte ich entsprechend wie nachfolgend beschrieben zu ergänzen bzw. zu ändern: Bei Gemeinschaftsstellplatzanlagen ist je 4 Stellplätze ein standortgerechter Laubbaum innerhalb der vorgesehenen Stellplatzanlage bzw. direkt angrenzenden Bereichen zu pflanzen. Die nicht überbaute Pflanzgrube / Baumscheibe (nicht versiegelter Bereich) darf eine Mindestgröße von mind. 8 qm bei einer Mindestbreite von 2,00 m nicht unterschreiten.</p> <p><u>Liste möglicher Hochstammbäume</u> Tilia tomentosa 'Brabant' - Silber-Linde 'Brabant' Celtis australis - Zürgelbaum Ostrya carpinifolia - Hopfenbuche Ainus x spaethii - Purpur-Erle Quercus cerris - Zerr-Eiche Gleditsia triacanthos 'Skyline' - Lederhülsenbaum</p> <p>Zusätzlich als textliche Festsetzung folgenden Punkt aufzunehmen: Die im Bebauungsplan ausgewiesenen Stellplatzanlagen sind durch eine einreihige Heckenpflanzung einzufassen, dauerhaft zu erhalten und als Formhecke zu</p>	<p>Bei Gemeinschaftsstellplatzanlagen ist je angefangene 5 Stellplätze ein standortgerechter Laubbaum zu pflanzen.</p> <p>Innerhalb der textlichen Festsetzungen wird auf heimische standortgerechte Gehölze verwiesen.</p> <p>Die Festsetzung einer Eingrünung von Stellplatzanlagen, wird für die Bereiche der Straßeneinmündungen und Grundstückszufahrten geregelt.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich.</p>
--	--	---	---	---

		<p>pflügen. Die Wuchshöhe darf mit Ausnahme von Sichtdreiecken 1,50 m nicht unterschreiten. Die Bereiche der zu pflanzenden Hecke sollten im B.-Plan zeichnerische dargestellt werden!</p> <p><u>Liste möglicher Heckengehölze:</u> Carpinus betulus - Hainbuche Acer campestre - Feld-Ahorn Crataegus monogyna - Weißdorn Fagus sylvatica - Rot-Buche</p>		
--	--	--	--	--